

## Internationale Straffjustiz setzt einen Meilenstein

Jürg Müller

Man hört wenig von ihm, obschon seine Tätigkeit potenziell durchaus schlagzeilenträchtig ist: Diese Woche allerdings wartete der Internationale Strafgerichtshof (ICC) in Den Haag mit einer Nachricht auf, die in die Annalen der noch jungen Institution eingehen wird. Der ICC hat nämlich eine eindeutige Verbindung zwischen der sudanesischen Regierung und der arabischen Reitermiliz bei Gräueltaten in Darfur festgestellt und auch zwei Hauptverdächtige namentlich benannt. Seit

**Wer mit dem Finger auf den ICC zeigt und seine Wirkungslosigkeit beklagt, wählt den falschen Sündenbock.**

Februar 2003 sind dort mehr als 200 000 Menschen unter schrecklichen Umständen ums Leben gekommen. Doch weil Sudan dem ICC-Statut nicht beigetreten ist, ist das Land auch nicht zur Zusammenarbeit mit dem Gericht bereit; und so wird es wohl nie zu einer Auslieferung kommen.

Einmal mehr hat sich damit ein internationales Gremium zu den grauenvollen Vorgängen in Darfur vernehmen lassen – einmal mehr wahrscheinlich ohne Wirkung. Das ist ein Skandal. Doch wer nun mit dem Finger auf den ICC zeigt und die Wirkungslosigkeit der internationalen Straffjustiz beklagt, wählt den falschen Sündenbock. Der Internationale Strafgerichtshof, zuständig bei Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen, ist trotz allen Schwächen ein grosser Fortschritt im Völkerrecht. Denn es ist die erste ständige strafrechtliche Institution, die sich international mit diesen Verbrechen befasst. Dass es nun nach aufwändigen und gefährlichen Nachforschungen im konkreten Fall gelungen ist, direkte Verantwortlichkeiten bis hinein in die oberste Führung Sudans zu rekonstruieren, ist ein Meilenstein für den ICC.

Die Möglichkeiten des ICC sind allerdings eng begrenzt. Ein internationaler Gerichtshof hat nie eine mit nationalen Gerichten vergleichbare Position, denn er verfügt über keine polizeilichen Mittel. Seine Bedeutung kann deshalb auch nicht allein mit quantitativen Kriterien gemessen werden. Sie liegt vielmehr in der – wenn auch sehr

beschränkten – präventiven Wirkung. Nicht dass Diktatoren, Kriegsfürsten und Milizenführer plötzlich zu Lämmern würden; aber immerhin setzt sich mit der Existenz des ICC langsam die Rechtsüberzeugung durch, dass hohe politische Ämter nicht mehr grundsätzlich vor Strafverfolgung schützen. Bereits haben zahlreiche ICC-Mitgliedstaaten ihre Gesetze den Erfordernissen des noch jungen Gerichts angepasst.

Zudem gibt es – übrigens ebenfalls aus Afrika – sehr positive Beispiele, wie Staaten mit dem Gerichtshof kooperieren. Die Regierungen Kongos und Ugandas haben sich aus eigenem Antrieb an den ICC gewandt, um Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf ihrem Staatsgebiet aufzuklären.

Natürlich liegt hier auch ein wesentlicher Schwachpunkt: Der ICC kann nur in Vertragsstaaten aktiv werden – und auch nur dann, wenn diese nicht in der Lage oder nicht willens sind, die Strafverfolgung selbst aufzunehmen. Umso unverständlicher ist es, dass die USA nach wie vor abseits stehen. Dabei hätte ihnen gerade der Prozess gegen

**Es geht um die Suche nach Mitteln, die Schlupfwinkel von Kriegsverbrechern und ihren Chefs zu reduzieren.**

Saddam Hussein den Vorteil einer unabhängigen internationalen Rechtsprechung vor Augen führen müssen. Denn das Gerichtsverfahren in Bagdad hatte nicht nur juristische Mängel, es führte zudem in Irak nicht einmal ansatzweise zu einer breiteren öffentlichen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit – es war reine Rachejustiz. Dies im Gegensatz zu den Prozessen vor dem Jugoslawien-Tribunal in Den Haag, die in den Staaten Ex-Jugoslawiens immerhin positive Entwicklungen ausgelöst haben.

Genau darum geht es auch beim ICC: Er soll ein «Netzwerk der Gerechtigkeit» sein, wie ICC-Chefankläger Luis Moreno-Ocampo einmal sagte. Rasche und spektakuläre Erfolge sind schon rein machtpolitisch unrealistische Ziele. Es geht vielmehr um die beharrliche Suche nach Mitteln und Wegen, die Schlupfwinkel von Kriegsverbrechern und ihrer obersten Chefs zu reduzieren.

PUNKTUM

## Nomen est omen

Theodora Peter

Namensänderungen seien gefragt wie noch nie, durften wir dieser Woche einer Pendlerzeitung entnehmen, die sich als Namen eine unzweideutige Zahl ausgesucht hat. Und die nicht etwa Osama heisst, wie der Bub aus Genf, den seine Mutter noch vor dem 11. September 2001 auf den wohl klingenden Namen getauft hatte. Nachdem der Knabe jahrelang auf dem Spielplatz mit «Bin Ladin» gehänselt wurde, stimmten die Genfer Behörden nun einem Namenswechsel zu. Wie klein Osama künftig gerufen werden wird, ist dem Bericht nicht zu entnehmen. Vermutlich dürften Adolf und Saddam als Optionen wegfallen. Dass man es aber auch als Hussein weit bringen kann, zeigt das Beispiel von US-Präsidenten Barack Hussein Obama, der nichts weniger als der mächtigste Mann der Welt werden möchte.

Weniger Probleme mit seinem Namen als vielmehr mit der Lehrerin hatte letzte Woche der siebenjährige Ahmed aus Mailand. Die Lehrerin hatte nämlich die Drohung «wenn du nicht still bist, schneide ich dir die Zunge ab» dergestalt in die Tat umgesetzt, dass sie mit der Schere in Ahmeds ausgestreckte Zunge schnitt.

Aber zurück zum Osama-Komplex: Keine Statistiken gibt es bislang zum Leidensdruck jener, die am 11. September ihren Geburtstag feiern müssen. Am besten gehörte dieser Tag, der inzwischen für alles Schreckliche und alle Pleiten in dieser Welt verantwortlich ist, mit unbefristeter Isolationshaft bestraft. Dadurch könnte auch der Swissair-Prozess abgekürzt werden. Denn schuld, hämmern uns die 19 Verteidiger dieser Tage ein, sind nicht die angeklagten Manager, schuld am Debakel ist er: der böse 11. September.

ORLANDOS WOCHE



TRIBÜNE

## Jugend und Gewalt

Hans Widmer

Es ist gut, dass die Medien das Thema Jugendgewalt ins öffentliche Bewusstsein gerückt haben, denn allzu lange wurde weggeschaut. Nur muss man sich jetzt vor moralisierenden Überreaktionen hüten. Selbstverständlich ist Gewalt auf dem Pausenplatz zu verurteilen, und noch schlimmer sind Vergewaltigungen unter Jugendlichen. Entrüstung über solche Taten ist berechtigt, aber sie genügt nicht und darf auf keinen Fall das konkrete Handeln ersetzen.

Es kommt darauf an, die einzelnen Vorkommnisse genau zu beobachten, differenziert zu beschreiben, nach deren Ursachen zu suchen und entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Manchmal fehlt es bereits an der genauen Beobachtung und an einer präzisen Beschreibung. Daher wird in der Öffentlichkeit zu wenig unterschieden zwischen verschiedenen Formen und Intensitäten von Gewalt, ihren Übergängen zu Machtspielen und zu blossen Kräftemessen.

Häufig wird auch vergessen, dass alle Menschen ein Aggressionspotenzial haben oder, um es mit Immanuel Kant zu sagen, «aus krummem Holz» geschnitzt sind. Was ist zu tun, um diese «Krummheit» – auch im «real existierenden Kapitalismus» – in Grenzen zu halten? Meines Erachtens braucht es motivierende Kräfte, welche die Gesin-

nung und die inneren Werte in den Fokus nehmen, wie das in den Leitsätzen der Jungen SVP und der Jungen FDP («Bund» vom Donnerstag) geschieht.

Das bliebe aber völlig ungenügend, wenn man den Hebel nicht auch im Bereich des Gesellschaftlich-Politischen ansetzen würde. Gewalt lässt sich nicht nur mit moralischen Anweisungen verhindern. Es sind nämlich gerade die

**Früher hat die Linke das Potenzial der Gewaltproblematik tendenziell unterschätzt.**

Schläger, welche die Grundsätze der Jungparteien amüsiert zur Kenntnis nehmen werden, um danach genüsslich dagegen zu verstossen.

Früher hat die Linke das Potenzial der Gewaltproblematik tendenziell unterschätzt. Mittlerweile nimmt die SP diese Probleme sehr ernst. Im Gegensatz zu den Parteien Mitte-rechts versuchen wir jedoch, nüchtern zu bleiben. Wer aber den Problemen ins Auge blickt, darf sich nicht damit begnügen, den Mahnfinger zu erheben, denn in der harten Alltagswirklichkeit gilt: Wer keine Zukunftsperspektive hat, will eine Lehrstelle, keinen Lehrmeister. Wer den ganzen Tag allein herumhängt, braucht nicht gute Worte, sondern eine Betreuung in einer Tages-

schule. Gewalt auf dem Pausenplatz präsentiert sich für viele als ein Ausländerthema. In Tat und Wahrheit aber verbirgt sich dahinter sehr oft ein soziales Problem. Und dieses gilt es durch Integration zu lösen. Wegsperrern kann nicht die Lösung sein, wenn eine ganze Generation die Ellbogenkämpfe mittlerweile nicht mehr nur im Büro oder an der Börse, sondern eben handfest auf dem Schulhof ausübt.

Hier kommt die Forderung nach Vorbildern der Jungparteien gerade richtig. Die Frage, ob z. B. abzockende Manager oder ob gewaltbereite Helden aus der virtuellen Welt des Films und der Videoclips solche Vorbilder sein können, macht hoffentlich deutlich, dass die Problematik der Jugendgewalt einzubetten ist in eine gesamtgesellschaftliche Perspektive. Das Verhalten der Jugend als Spiegel einer brutalisierten Gesellschaft?



**Hans Widmer** (66) ist Nationalrat (sp, LU). Er sitzt in der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur und in der Sicherheitspolitischen Kommission. Widmer war bis 2006 Professor für Philosophie am Luzerner Gymnasium Alpenquai.